



von Links: Thomas Höllrich, Janina Pfau, Petra Rank

## VIER FÜR SACHSEN

„Die LINKE muss den Wählern deutlich machen, dass wir zweitstärkste Kraft in Sachsen sind! Wir wollen selbstbewusst auftreten und Alternativen zur CDU den Sachsen bieten!“, sagte Landes- und Fraktionsvorsitzender Rico Gebhardt zur Kreiswahlversammlung der vogtländischen LINKEN in Treuen-Wetzelsgrün. Sein Referat war der Startschuss für die Nominierung der Landtagskandidaten, mit denen die LINKE Vogtland in den Landtags-Wahlkampf ziehen möchte.

Im Wahlkreis Vogtland 1, was das Gebiet von Plauen ist, stellten sich drei Kandidaten dem Votum der Genossen. In dem spannenden Wahlgang setzte sich Petra Rank vor Lars Legath und André Englert durch. Janina Pfau wurde als Kandidatin im Wahlkreis Vogtland 2, welcher sich über das ganze westliche Vogtland erstreckt, bestätigt. Zwei Reichenbacher runden das schlagkräftige Team der linken

Landtagskandidaten im Vogtland ab. Thomas Höllrich tritt im Wahlkreis Vogtland 3 (Göltzschtal, Treuen, Neuensalz) und Henry Ruß im Wahlkreis Vogtland 4 (Reichenbach, Mylau, Netzschkau) für die LINKE im Vogtland an.

Auch die Vertreterinnen und Vertreter für die Aufstellung der Kandidatenliste in Sachsen wurden gewählt. Für das Vogtland sind folgende zehn Genossen vertreten: Michaela Wohlrab, Katharina Pfeffer, Ilka Reißner, Janina Pfau, Andrea Roth, Petra Rank, Jan Windisch, André Englert, André Hegel und Thomas Höllrich.

Der Vogtlandboten wünscht allen Kandidatinnen und Kandidaten einen erfolgreichen Wahlkampf.

*André Hegel - Plauen*

<b>aus dem Inhalt:</b>	Ziele der LINKEN für das Vogtland .....	S. 2
	Internationales Frauentag 2014.....	S. 3
	Kostenexplosion am Horten-Bau .....	S. 4
	"Besorgte Bürger" in Ostthüringen .....	S. 6



## KREISTAGSWAHLPROGRAMM 2014

Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für die Erhöhung der sozialen Sicherheit, für Bürgernähe, Solidarität und Demokratie! Wir setzen uns ein für die Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge und für ein wirtschaftlich starkes, attraktives Vogtland!

**Entscheiden Sie sich am 25.Mai für DIE LINKE!**

**DIE LINKE im Kreistag wird sich für folgende Ziele stark machen:**

### Soziale Sicherheit erhöhen

- schnelle soziale Hilfen für betroffene Mitbürgerinnen und Mitbürger
- Beratungsstellen für Arbeitslose, Aufstocker, Sozialhilfeempfänger und Rentner ausbauen
- Kontrolle von Landkreisverwaltung und Jobcenter zur Sicherung einer rechtskonformen Gewährung der Grundsicherung, insbesondere der Unterkunftskosten
- Ausbau der Familien-, Schuldner- und Suchtberatungsstellen
- flächendeckende Gewährleistung von Brand- und Katastrophenschutz und Rettungsdiensten
- keine weitere Reduzierung der Polizeipräsenz

### Bildung verbessern , Kultur fördern

- Erhalt aller öffentlichen Schulen im Vogtland, keine weiteren Privatisierungen
- Anzahl der Ganztagschulen erhöhen
- Zugang zu kostenlosen Nachhilfestunden für sozial benachteiligt Schüler erweitern, Forderung an Land und Bund, das Bildungs- und Teilhabepaket dafür nutzbar zu machen
- kostenfreier Zugang zu Museen des Kreises für Jugendliche und sozial Benachteiligte
- gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am kulturellen und sportlichen Leben
- finanzielle Sicherung der Bibliotheken einschließlich der Fahrbibliothek
- keine weiteren Kürzungen der finanziellen Ausstattung von Kultureinrichtungen und Sportvereinen, Förderung des Breitensports
- Schulsozialarbeit fortführen und auf Grundschulen erweitern

### Jugend unterstützen

- Erhalt und Ausbau der Jugendclubs, besser finanzielle Unterstützung der Jugendarbeit
- Freizeit- und Sportmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche auch unabhängig vom elterlichen Geldbeutel sichern
- Erhalt und qualitätssichernde finanzielle Ausstattung der Musikschulen, keine weitere Erhöhung der Elternbeiträge
- intensivere Information und Beratungen an Schulen und in Jugendclubs durch Berufsschulen

### Gesundheitssystem stabilisieren

- Erhaltung und Weiterentwicklung des kommunalen Krankenhauses und der medizinischen Versorgungseinrichtungen
- Erhaltung der flächendeckenden medizinischen Regelversorgung durch die im Vogtlandkreis bestehenden Krankenhäuser

- flächendeckende hausärztliche Versorgung besonders für den ländlichen Raum, Schaffung von Anreizen zur Ansiedlung von Fachärzten
- Unterstützung und Ausbau der Pflegeinfrastruktur
- Sicherung des barrierefreien Zugangs zu kreiseigenen Gebäuden sowie auf Straßen, Wegen und im öffentlichen Nahverkehr, wo das noch nicht erfolgte

### lokale Wirtschaft fördern, auf Mindestlohn bestehen

- Auftragsvergabe an klein- und mittelständische Betriebe durch kleine Lose
- Unterstützung der Gewerkschaften und Tarifpartner bei der Durchsetzung des Mindestlohns
- Förderung von Sport und Tourismus, Qualifizierung von Tourismus als Wirtschaftsfaktor
- Initiativen zur Zusammenarbeit von Schulen und Unternehmen im Rahmen der Wirtschaftsförderung und zur Nachwuchssicherung
- Erhalt der Sparkassen als Finanzpartner der regionalen Unternehmen
- Schließung der Lücke im flächendeckenden Breitbandnetz
- kostenfreier Internetzugang in allen öffentlichen kommunalen Gebäuden

### Umwelt schützen, öffentlichen Nahverkehr unterstützen

- Energiekonzept fürs Vogtland in Zusammenarbeit mit Bürgern weiterentwickeln, insbesondere Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien
- bessere Überwachung der Einhaltung von Naturschutzbestimmungen
- kostenlose Schülerbeförderung erhalten
- Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) flächendeckend und bedarfsorientiert fördern
- bessere Abstimmungen bei der Planung des Straßenbaus
- weiterer Ausbau von Rad- und Wanderwegen, die auch behinderten- und seniorengerecht sind
- keine weitere Bezuschussung des Betriebskostendefizits für den Flughafen Hof/Plauen GmbH & Co KG

### Demokratie und Solidarität stärken

- Verhinderung weiterer Privatisierungen kommunaler Einrichtungen und Aufgaben
- kreiseigene Strategie gegen Rechtsextremismus entwickeln und Aktionen gegen Rechtsextremismus unterstützen
- einen menschenwürdigen Umgang mit Asylbewerbern und Bürgern mit Migrationshintergrund fördern, dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern fördern
- Bürgerinitiativen helfen, sich notwendiges Sachwissen anzueignen und berechtigte Forderungen unterstützen

## MITGLIEDERVERSAMMLUNG GÖLTZSCHTAL

mit Landesvorsitzenden Rico Gebhardt

Der Landesvorsitzende und Spitzenkandidat für die Landtagswahl der Partei DIE LINKE Rico Gebhardt war auf Einladung des Göltzschtalverbandes der LINKEN Anfang Februar in Auerbach. Mit den Genossinnen und Genossen der Ortsverbände Göltzschtal und Treuen-Lengenfeld diskutierten wir Fragen und Schwerpunkte in Vorbereitung der Landtagswahl.

In der Presse veröffentlichte Standpunkte des Landesvorsitzenden führten bei zahlreichen Genossinnen und Genossen zu Unverständnis und Verärgerung. In dieser Beratung galt es Klarheiten zu schaffen. Der Meinungsaustausch war sachlich und konstruktiv. Er führte zum Nachdenken und erhöhte das gegenseitige Verständnis.

Wenn wir Veränderungen der Politik in Sachsen wollen, müssen wir Politikangebote für breite Kreise der Bevölkerung erarbeiten, die besser sind als die gegenwärtige und versprochene Politik der CDU. Da wir für die Gestaltung einer neuen Politik auch Intelligenz und Mittelstand brauchen und gewinnen wollen, sind für die unter-

schiedlichen Interessenlagen auch verschiedene Politikangebote zu unterbreiten, die sich im Wahlprogramm widerspiegeln müssen. Deshalb ist es so lang. Bei Diskussionen gilt es, die entsprechenden Abschnitte zu verwenden.

Rico Gebhardt

Im Wahlkampf sollen unsere Ziele im Mittelpunkt stehen. In öffentlichen Veranstaltungen und vor den Medien müssen Fragen besonnen und sachlich beantwortet werden. Persönliche Angriffe auf Genossen, die nicht der gleichen Meinung sind, sind zu unterlassen, da sie uns schaden.

Es geht um die Sache und Gemeinsamkeiten. Gemeinsame Ziele mit SPD oder Grünen sollten gemeinsam durchgesetzt werden, wenn wir damit Teilziele erreichen, ohne Grundpositionen

aufzugeben. Im Wahlkampf sollen unsere Ziele im Mittelpunkt stehen und nicht das Anbieten an andere Parteien. Die letzten Standpunkte von SPD und Grünen lassen eher eine Verbindung mit der CDU vermuten, auch wenn eine Koalition mit uns nicht mehr grundsätzlich ausgeschlossen wird. Wir müssen die ganze Kraft für ein gutes Wahlergebnis für DIE LINKE einsetzen.

Ursula Mieth - Auerbach/V.



© Foto: DiG/frialon

## JEDER TAG SOLLTE EIN FRAUENTAG SEIN!

Frauen in unserer kapitalistischen Umwelt haben es schwerer als Männer, müssen sich behaupten, wollen sie nicht „untergebuttert“ werden. Sie tragen die größere Last. Ihnen obliegt die Hauptlast der Familie, sie haben in der Gesellschaft geringere Chancen, sind benachteiligt im Beruf, erhalten für gleiche Arbeit weniger Lohn.

Der Internationale Frauentag, begründet von der revolutionären Sozialdemokratie, war jahrzehntelang ein Kampftag mit Protestaktionen für die Gleichstellung der Geschlechter. Er war in Deutschland auch vier Jahrzehnte lang ein Feiertag, an dem es Kaffee und Kuchen und Sammeltassen gab und die großzügige Förderung der Frauen durch Partei und Regierung gelobt wurde. Defizite wurden unter den Tisch gekehrt.

Der Internationale Frauentag soll in der Gegenwart degradiert werden. Man nennt ihn „Weltfrauentag“, an

dem die Frauen einmal ihre Sorgen öffentlich ausschütten, ausweinen können. Änderungen gibt es dadurch nicht. Wir Sozialisten müssen das Kämpferische, Aufbegehrende des Internationalen Frauentages erhalten, müssen mit unserem täglichen politischen Wirken dafür sorgen, dass jeder Tag ein Frauentag ist.

Peter Giersich - Auerbach/V.

### Frauentag mit der LINKEN

Der Ortsverband Göltzschtal der Linkspartei lädt alle Frauen und Mädchen zu einer Frauentags-Veranstaltung am

**09. MÄRZ 2014 AB 14 UHR**

nach Falkenstein, in das Hotel „Falkenstein“ ein.

Für Unterhaltung und das leibliche Wohl ist bestens gesorgt.

DIE LINKE Göltzschtal

# JEDEN TAG FRAUENTAG

DIE LINKE gratuliert allen Frauen zum 8. März.

[www.dielinke-vogtland.de](http://www.dielinke-vogtland.de)

# DIE LINKE.

## HAUSHALT DER STADT PLAUEN: VERWEIGERUNG

Bereits in der Stadtratssitzung im Monat Dezember stimmte unsere Fraktion als einzige geschlossen gegen die Erhöhung der Elternbeiträge ab Januar 2014 auf 171,65 EURO. Das sind 20,03 % der zuletzt bekannt gemachten Betriebskosten eines Krippenplatzes. Bereits im Sozialausschuss der Stadt Plauen hatte ich ausführlich unseren Standpunkt dazu dargelegt.

Es ist richtig, dass die ALG II- Empfänger einen Antrag auf Befreiung der Elternbeiträge beim Jugendamt in Oelsnitz sowie über das „Bildungs- und Teilhabepaket“ einen Zuschuss zu einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung stellen können. Die Bearbeitungszeiten bis zur Bewilligung

sind aber oft länger als drei Monate, und dann müssen auch diese in Vorleistungen gehen, was vielen jungen Familien sehr schwer fällt. Auch künftigen die Kindereinrichtungen deshalb bestehende Verträge. Oft müssen dann Oma und Opa oder andere Verwandte und Freunde einspringen, denn sonst sind die Leidtragenden immer unsere Kinder.

Im Ausschuss für Gesundheit und Soziales im Vogtlandkreis, habe ich schon mehrfach darauf hingewiesen, wonach man diese Abteilung zur Bewilligung der Anträge im Jugendamt in Oelsnitz auch mit Personal verstärkte. Gerade die Familien, die es aus eigener Kraft geschafft haben, aus den Leistungs-

bezug von ALG II herauszukommen, aber eben wenig verdienen, trifft trotzdem jede Erhöhung schwer. Eine Erhöhung der KITA-Gebühren ist bildungspolitisch der falsche Weg und für bürgernahe Politik ein Zeichen der Stadt Plauen in die falsche Richtung.

Nun soll im Haushalt das Begrüßungsgeld für Neugeborene enorm reduziert werden. Das werde ich auf keinen Fall unterstützen. Eine ausführliche Begründung der Stadtverwaltung liegt zwar den Stadträten vor, es ist aber - wie das weitere Bestehenbleiben der Familienhebamme - eine politische Entscheidung des Stadtrates notwendig. Ich hoffe, dass es uns gelingt, dass noch viele unserer klugen Vorschläge in den Haushalt eingearbeitet werden können. Dafür ist von uns allen noch viel Kraft und Ausdauer notwendig.

*Uta Seidel - Plauen*

## KOSTENEXPLOSION BEIM BAU DES NEUEN LANDRATSAMTES

„Wir kennen das Gebäude inzwischen sehr gut und haben es auf Herz und Nieren geprüft.“ Dieser Satz stammt von Architekt Thomas Bolwin Mitte Dezember 2010, nachdem sein Berliner Büro den Architektenwettbewerb zum Bau des neuen Landratsamtes in Plauen gewonnen hatte. Die finanziellen Aufwendungen für die Sanierung der unter Denkmalschutz stehenden Fassade, für den Abriss, den Neuanbau bis zur letzten Türklinke bei der Büroausstattung sollten bei 28 Millionen Euro liegen und keinesfalls die Grenze von 32,8 Millionen überschreiten. Schon damals wurden im Bezug auf die hohen Baukosten einige kritische Stimmen laut - und nach dem aktuellen Stand waren diese vollkommen berechtigt.

Bis zum heutigen Tag erfolgte eine Explosion der Koste auf 44 Millionen Euro - Tendenz nach oben offen. Ähnlich wie bei der Sprungchance in Klingenthal wird auch hier mit Millionenbeträgen an Steuergeldern jongliert. Millionen an Steuergeldern, die bei wichtigen Projekten, wie bei der Kinder- und Jugendarbeit, bei Bildung und Sport sowie in anderen sozialen Bereichen eingespart werden müssen. Und dies alles, um Prestigeprojekte durchzuziehen - koste es, was es wolle!

Das neue Landratsamt wird weiter gebaut, auch wenn die geplante Fertigstellung um „nur“ zwei Jahre verschoben wurde. Was ist, wenn auch 44 Millionen nicht ausreichen werden? Was sind die Konsequenzen, wenn nach der Fertigstellung des Baus eine Schlussrechnung von über 50 Millionen auf den Tisch gelegt wird? Wer wird dafür zur Verantwortung gezogen?

Bei Großprojekten ist immer dieselbe Handlungsweise der öffentlichen Auftraggeber und der an der Ausschreibung beteiligten Planungsbüros zu verfolgen: So billig wie möglich planen, eventuell zu erwartende Mehraufwendungen und Risiken ausklammern, damit das Planungsbüro den Auftrag erhält und die Auftraggeber das umstrittene Vorhaben den Kreis- bzw. Stadträten schmackhaft machen können. So wird erreicht, dass diese das Projekt abnicken. Danach werden häppchenweise die unvorhersehbaren (!!!) Kostenerhöhungen begründet und alle fügen sich in die „unvermeidbare und alternativlose“ Kostensteigerung. Es ist immer die gleiche Litanei. Vor der Planung solcher Großprojekte fordern wir LINKEN deshalb eindringlich, dass die Bürgerinnen und Bürger befragt und ein Bürgerentscheid durchgeführt wird.

*MdL Andrea Roth - Tannenbergsthal*

## REFORM DER PROZESSKOSTENHILFE

Seit Januar 2014 gibt es neue Regelungen und es müssen neue Formulare verwendet werden! Aufgrund der neuen deutlich komplizierteren Bewilligungspraxis sollten Rechtssuchende einen Berechtigungsschein grundsätzlich vor einer anwaltlichen Beratung bei dem für sie zuständigen Amtsgericht beantragen. So haben sie die Sicherheit, dass ihnen tatsächlich Beratungshilfe gewährt wird. Wichtig sind unbedingt auch die neuen Verpflichtungen des Antragstellers nach erfolgter Bewilligung der Prozesskostenhilfe. Die bewilligte Partei ist vom Zeitpunkt der Bewilligung an bis zu einer Frist von 4 Jahren ab der Beendigung des Verfahrens verpflichtet, wesentliche Verbesserungen ihrer Einkommens- und Vermögensverhältnisse und jeder Adressänderung dem Gericht unverzüglich und unaufgefordert mitzuteilen. Wesentlich ist eine Einkommensverbesserung ab einer Erhöhung von monatlich 100,00 EURO. Eine absichtliche oder grob nachlässige Verletzung der Mitteilungspflichten führt zur - rückwirkenden - Aufhebung der Bewilligung. (Nach Informationen von Tina Neubauer, Diplompädagogin und Sozialpädagogische Prozessbegleiterin vom Verein Bewährungshilfe Stuttgart e. V.)

*Uta Seidel - Plauen,  
Stadträtin und Kreisrätin*

## GEPLANTE RECHTSVEREINFACHUNG VON HARTZ IV

Rechtsvereinfachung klingt gut! Die Mitarbeiter der Jobcenter sollen sich künftig besser im zurzeit viel zu komplizierten Rechtssystem Hartz IV zu rechtfinden, und die Anzahl der Gerichtsverfahren soll merklich gesenkt werden. Tatsächlich hat die Arbeitsgruppe, die die Gesetzesänderung vorbereitet, auch Vorschläge unterbreitet, denen Hartz IV-Empfänger zustimmen können, so:

Der monatliche Einkommens-freibetrag von derzeit 10 € soll erhöht werden. Denjenigen, die im Januar mehr als 10 € Zinsen gutgeschrieben bekommen, wird dann möglicherweise nicht mehr die Regelleistung gekürzt.

Für Neumieter von Genossenschafts-wohnungen soll ein Darlehen für den Genossenschaftsanteil gezahlt werden.

Verwaltungsakte sollen aufgehoben werden, wenn sich die Rechtsprechung geändert hat - was ja eigentlich selbstverständlich ist.

Aber die Mehrzahl der Vorschläge muss uns entsetzen. Hier nur einige Beispiele:

Für Klagen, nach einem Vorschlag sogar auch für Widersprüche (!), soll eine Gebühr erhoben werden. Nun gilt seit langer Zeit vor der Einführung von Hartz IV als soziale Errungenschaft, dass für Menschen, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind, Sozialklagen bis zur zweiten Instanz kostenlos sind,

falls kein Rechtsanwalt beauftragt wird. Bei rechtsanwaltlicher Hilfe zahlen Sozialhilfe- und Hartz IV-Empfänger heute lediglich 10 EURO, evtl. nochmals 10 EURO für einen Gerichtsprozess, falls Aussicht auf Erfolg besteht. Die Erhebung von (höheren) Gebühren wäre vielleicht noch verständlich, wenn Hartz IV-Empfänger massenhaft ihre Prozesse verlieren würden. Dem ist aber nicht so: Mehr als die Hälfte der Klagen werden zumindest zum Teil zugunsten der Kläger entschieden! Könnten sich Hartz IV-Empfänger künftig noch gegen Rechtsverstöße wehren, wenn sie dafür bezahlen müssen? Wäre es nicht günstiger, die Mitarbeiter der Jobcenter zu befähigen, rechtskonforme Bescheide zu erstellen?

Die Lernförderung im Rahmen des Hartz IV-Bildungs- und Teilnahmepakets soll ganz gestrichen werden. Lernförderung wird bisher nur gewährt, wenn die Ver- setzung gefährdet ist, bereits das bewerten wir als eine unzulässige Einschränkung. Natürlich müssen wir diskutieren, wie das Bildungssystem so verbessert werden kann, dass alle Schüler ohne zusätzliche Nachhilfestunden auskommen, zur Zeit ist aber Nachhilfe fast zur Norm geworden, Hartz IV-Eltern können die jedoch nicht bezahlen, denn natürlich ist dafür keine Betrag in der Regelleistung vorgesehen. Wir haben von der Kultur-

ministerkonferenz gefordert, dass Schülern aus Hartz IV-Familien generell dann Nachhilfe bezahlt wird, wenn eine Leistungsverbesserung in Aussicht steht. Die völlige Streichung ist inakzeptabel!

Zurzeit gehören Kinder dann nicht zur Bedarfsgemeinschaft, wenn sie durch eigenes Einkommen, also durch Unterhalt oder Waisenrente und Kindergeld mehr haben als die ihnen zustehende Regelleistung. Zurzeit wird dann nur der „überzählige“ Betrag des Kindergeldes den Eltern von der Regelleistung abgezogen. Vorgeschlagen ist jetzt aber, dass die Kinder von ihrem Einkommen auch die Eltern ver- sorgen müssen, selbst also nur die Regelleistung behalten dürfen.

Beim Bundessozialministerium gibt es eine Arbeitsgruppe, die die etwa 120 Vorschläge amtlicher Stellen zur „Rechtsvereinfachung beim SGB II“ bewertet und entscheidet, ob sie in einen Gesetzesänderungsentwurf der Regierung eingehen sollen. Das Sozialforum Göltzschtal und die Regionalgruppe Vogtland der Landesarbeitsgemeinschaft Hartz IV der LINKEN haben in Protestbriefen an das Sächsische und an das Bundessozialministerium gefordert, auf die genannten und auf weitere unsoziale „Vereinfachungen“ zu verzichten.

*Dr. Dorothea Wolff - Auerbach/V.*

## „GEMEINSAM, FÜR DEN SOZIALISMUS!“

### Europaparteitag der LINKEN in Hamburg

„Gemeinsam, für den Sozialismus!“ - Das waren die Schlussworte einer spanischen Genossin bei ihrer Gastrede zum Europaparteitag im Congress Centrum Hamburg. Es war eine Rede, die noch einmal bekräftigte, welche wichtige Rolle wir Linken in einem Europa haben, das tief in der Krise steckt. Für ein solidarisches und friedliches Europa, welches klar demokratisch gestaltet ist! Da waren sich am Ende alle Delegierten einig. Die breite Medienmasse berichtete im Voraus sehr stark über die sogenannten „Flügelstreitigkeiten“ innerhalb unserer Partei. Doch worum gingen denn die Streitigkeiten

im Detail? In der Präambel stand anfangs noch, dass die EU eine „militaristische, neoliberale und undemokratische Macht“ sei. Ein Satz, den ich persönlich inhaltlich korrekt finde, denn genau so hat sich die Politik der EU im Allgemeinen verändert. Aber er verallgemeinert auch stark - und genau das ist der Fehler. Die einstige europäische Idee ist auch eine linke Idee, und deshalb dürfen wir Europa nicht den Banken überlassen (oder sogar den Faschisten).

Dennoch stimmte ich gegen diesen bedeutenden Satz, denn im 21. Jahr-

hundert sollten wir auch entsprechendes Vokabular benutzen. Wir sollten als Linke außerdem darauf achten, dass wir in unseren Wahlprogrammen attraktiv für die Wähler sind, und anstatt krassen Verallgemeinerungen lieber unsere linken Alternativen zur jetzigen EU-Politik klar vorzeigen.

Doch wir sollten jetzt geschlossen in den Wahlkampf gehen und uns gemeinsam auf unsere linken Grundsätze berufen. Für eine starke Europäische Linke im Europaparlament!

*Paul Gruber - Plauen*

## „BESORGTE BÜRGER“ IN OSTTHÜRINGEN

Nur einen Tag nach Einzug der ersten Flüchtlinge in eine neue Unterkunft im Greizer Plattenbauviertel Pohlitz kam es zu rassistischen Protesten. Anwohnern und Neonazis zogen am 13. September 2013 vor den Wohnblock und forderten die Schließung - ganz spontan, wie sie glaubhaft machen wollten.

Bis zum 11. Oktober 2013 veranstaltete die „Bürgerinitiative gegen ein Asylheim am Zaschberg“ fünf Kundgebungen und Aufmärsche in der Innenstadt und in Pohlitz. Vor Ort gilt das Plattenbauviertel seit langem als rechter Stadtteil. Zahlreiche Anhänger der Neonaziszene wohnen in der Umgebung des ehemaligen Lehrlingswohnheims, in dem die Flüchtlinge untergekommen sind.

Die Normalität rechter Präsenz und die Alltagsakzeptanz von Rassismus in der durchschnittlichen Bevölkerung verschaffen der Bürgerinitiative hier einen fruchtbaren Boden. Anders als in Berlin-Hellersdorf wurde in Greiz zu Anfang nicht über soziale Netzwerke wie Facebook zu Protesten aufgerufen, sondern lokal mobilisiert. Am Ende kamen um die 80 Neonazis und Anwohner: Einiges an Zuspruch in einer Gegend, in der Demonstrationen sonst eher selten sind. Die „Gruppe“ auf dem Internet-Portal Facebook ging erst zwei Tage nach der ersten Kundgebung online. Einer der vielen Versuche, das „Modell Hellersdorf“ zu übertragen, denn die Berliner Initiative konnte ihre Mobilisierungsreichweite dadurch erhöhen und sich mit anderen vernetzen, wenn auch nur online. Auf den ersten Blick schien diese Rechnung ebenso in Greiz aufzugehen; innerhalb kürzester Zeit hatte die Website mehrere Hundert „Klicks“.

### Die drei Macher hinter der „Bürgerinitiative“

Er ist der Initiator der Bürgerinitiative: David Köckert. Ab etwa 1996 war er im militanten Spektrum aktiv und avancierte im Laufe der Zeit zur Führungsperson im Kameradschaftskreisen. Von den Behörden wurde er dem Umfeld des verbotenen „Blood & Honour“-Netzwerks zugerechnet. 2003 eröffnete er das Geschäft „Ragnarök“ in

Reichenbach, das im Jahr darauf ins benachbarte Mylau zog, wo es bis zur Schließung 2009 existierte. Mittlerweile versucht Köckert, sich einen bürgerlichen Anstrich zu geben. Dazu gehört auch seine Mitgliedschaft in der „Alternative für Deutschland“ (AfD), doch die Rechtspopulisten wollen ihn loswerden.

Der zweite im Bunde ist Kevin Pahnke aus Auerbach/V., der für die Mobilisierung sowohl im Spektrum der „Autonomen Nationalisten“, als auch in alten Skinheadkreisen

sorgt. Von der früheren „Rechten Aktionsfront Reichenbach“ und den „Braunen Teufeln Vogtland“ kommend, ist er mittlerweile bei der „Revolutionären Nationalen Jugend Vogtland“ aktiv.

Zu der Gruppe der Initiatoren gehört außerdem Rico Döhler, der zur Bundestagswahl 2005 für die NPD in Augsburg antrat. 2009 kandidierte er für die Partei zur Landtagswahl im Vogtlandkreis.

### Mit Fackeln Richtung Schneeberg

Angeheizt von den rassistischen Demonstrationen in Schneeberg, kündigte Köckert über Facebook Anfang November ein zweites „Schneeberg“ in Greiz an. Die bisherige Taktik, als unparteiische Bürgerinitiative aufzutreten, wurde ad acta gelegt und sich der NPD zugewandt. Für die Thüringer NPD war das Hilfesuchen der „Braunen Kameraden“ aus Greiz ein Glücksfall, da die rassistische Mobilisierung in Thüringen bisher nicht die erhoffte Dynamik entfaltete. Im nordthüringischen Beichlingen, wo es zu breitem Protest gegen eine geplante Flüchtlingsunterkunft kam, konnte die NPD nicht andocken, auch wenn der Tenor der Anwohner ebenso rassistisch war.

So rief am 23. November 2013 die NPD mit auf zur „Bürgerkundgebung mit großem Fackelmarsch“. Die Resonanz war verhalten, zwar kamen mit 160 Teilnehmern mehr als zuvor, doch die Mobilisierung blieb weit hinter den Erwartungen. Köckert und der Thürin-

ger NPD-Vorsitzende Patrick Wiesche sprachen vor allem zu ihresgleichen. Mit plumpen rassistischen Ressentiments wurde versucht, im Mantel einer Bürgerinitiative Anwohner zu gewinnen, was zunächst gelang. Nach-



Foto: CC-BY-NC-SA Haskala Saalfeld / flickr.com

dem bekannt wurde, dass hinter den selbst ernannten „besorgten Bürgern“ David Köckert und andere Neonazis stehen, nahm der Rückhalt in der Bevölkerung ab. Dazu hat wohl auch die öffentliche Debatte beigetragen. In Thüringen berichteten die Medien über die rassistischen Proteste und deren Hintergründe. Außerdem solidarisierten sich landesweit Organisationen mit den Flüchtlingen und arbeiten seit den Vorkommnissen an einer Willkommensstruktur. 500 Unterstützer kamen daraufhin am 9. November zu einer antirassistischen Demonstration nach Greiz und gegen den Fackelmarsch gingen zwei Wochen später 200 Menschen auf die Straße. Währenddessen versucht CDU-Landrätin Martina Schweinsburg das Problem kleinzureden und verliert sich in Extremismusrhetorik.

Das Problem ist damit nicht gelöst. In Thüringen scheint die NPD mit ihrer offensiven Strategie zwar weniger Erfolg als in Sachsen zu haben, für Proteste gegen die Aufnahme von Asylsuchenden in Beichlingen oder Greiz genügt die Grundstimmung jedoch allemal. Die breite Solidarisierung mit den Flüchtlingen einerseits und die fehlende Anschlussfähigkeit der Neonazis andererseits, haben eine rassistische Dynamik in der ostthüringischen Kleinstadt bisher verhindert. Deutlich wurde auch, dass klare Positionierung und politische Aufklärung ihren Beitrag dazu hatten.

Peter Geyer - Greiz

## DIE EINHEITSVERTRAGSKLAUSEL

„Rückgabe vor Entschädigung“ verfolgt den Osten noch immer!

Der in alle Eile von Bundesinnenminister Schäuble und DDR-Staatssekretär Günter Krause 1990 zusammen gezimmerte Einheitsvertrag enthielt viele Passagen zum Nachteil des Ostens. Bei der Ausarbeitung desselben drängte die BRD neben vielen anderen Benachteiligungen für den Osten, auf eine Rückgabe von Grundeigentum an die ehemaligen Besitzer.

Trotz aller Proteste wurde der unsägliche Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ Teil des Einigungsvertrages und wird auch noch auf Jahre hinaus in Form zahlreicher Eigentumsstreitigkeiten die Gerichte beschäftigen.

Das dabei die Ostler, die der BRD beigetreten wurden und die Häuser, Vereinsheime etc. auf ehemaligen volkseigenen Grund und Boden errichtet haben, die schlechteren Karten hatten und leider immer noch haben, war vorsätzlich von der BRD-Regie-

rung gewollt. Die Langzeitwirkung dieser Klausel zeigt ein zeitnahes Beispiel aus dem Vogtland:

Der Bobenneukirchener Kleintierzuchtverein hatte nach dem Drödaer Tal Sperrenbau, dem neben dem halben Dorf auch ihr Spartenheim zum Opfer fiel, ein solches Stück Ödland erworben, urbar gemacht und ein schmuckes neues Heim für ihren nun 108 Jahre bestehenden Kleintierzuchtverein, heute einer der ältesten in Sachsen, errichtet. Nach der Wende wurde das Grundstück den Alteigentümern, einer Erbgemeinschaft rückübertragen und die Bobener Züchter bezahlten Pacht. Alle Versuche, das Grundstück zu kaufen, schlugen fehl.

So ging das 23 Jahre gut, bis es plötzlich eine alleinige neue Eigentümerin des Grund und Bodens gab, die plötzlich und unerwartet dem Verein die Nutzung des Heimes untersagte. Lei-

der hat sie aufgrund des o. a. Passus des Einigungsvertrages das Recht auf ihrer Seite und die Bobener Zuchtfreunde sind auf ihr Wohlwollen und Verständnis angewiesen und hoffen und wünschen, dass die neue Eigentümerin, eine ehemalige Bobenneukirchener Einwohnerin, Verständnis und Einsicht zeigt und damit einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung des drittgrößten Vereins Bobenneukirchens, ihres Heimatortes, leistet. Nur durch ihren guten Willen können 56 Züchter, darunter 8 Kinder und Jugendliche, das züchterische Leben in der Gemeinde aufrecht erhalten.

So sieht es rechtlich leider aus in den angeblich „Blühenden Landschaften“, die uns der Altkanzler Helmut Kohl versprochen hat!

*Dieter Riedler - Leubnitz*

## HISTORISCHER STADTRUNDGANG

Ab sofort ist Plauen um ein touristisches Angebot reicher. Der Schauspieler Jörg Simmat erarbeitete gemeinsam mit der Historikerin Waltraud Schmidt einen Rundgang zum jüdischen Leben in Plauen und gibt auf seiner Tour auch

Hintergrundinformationen zu den mittlerweile 18 Stolpersteinen. Dieser Stadtrundgang dauert ca. 1,5 Stunden und ist sowohl für Schüler ab Klasse 8 als auch für Besucher und historisch Interessierte geeignet.

Jörg Simmat ist erreichbar unter 01772 113633 oder über die Tourist-Information in Plauen.

*Claudia Hänsel - Linksfraktion im Stadtrat Plauen*



## NEIES VUN DR META

Neilich saßen de Meta un ihr Plauische Freindin widder e moll innen scheenen Kaffee in Falknstaa zamm un hamm gelatscht. „Du Neideitln host jo des Blatt vun obern Vuchtländ in Plau net. Desweng muss iech dar wos darzehn, wos vorsche Woch drinne gestanne is. Do waas mr net, ob mr lachen oder greine sollt iber su viel Bleedheit. In Klingenthal sulln de Leit ihr Abwasser miet nr Pump ne Berch nunter goong, als wenn des net vun arlaane nes Rohr nolaafen teet. Es Klärwerk is gans untn im Tal, un de Leit, die de Pump nei iehrn Gartn baue un selber bezohn sull, wohne 400 Meter heher“.

Drauf socht de Neideitln; „Homm denn de Großkopferten vom Zwav gar nischt glernt in dr Schul? Iech alte Fraa wass noch heit, des weeng dr Erdanziehung alles von allaane runterfliescht oder laaft, genau wie mei Flasch Millisch, die iech schusslisches Weib gestern umgeschmissen ho.“

„Do muss iech dar raacht gehm“, soocht de Meta, „Mier hamm des doch aa weiskrischt, wo mei Alter, der aa langsam immr bleeder werd, am Montooch de Handbrems net rischtisch agezoong hot. Do is unner alter VW von gans allaane de Strooß bis na ne Baam nunter gerollt. Und der hot fei kaa Pump gebraucht doo darzu“!!

*Dieter Riedler - Leubnitz*

## DRÜBEN IN DER HEIMAT ...

Waren es doch nicht rosige Erinnerungen, Erinnerungen an meine Kindheit. Sohn eines von vier Kindern antifaschistischer Eltern, Kommunisten. Und das im noch immer nazi-geprägten Wolfsburg. Reaktionäre Hochburg während der Adenauer-Ära, was mein Vater mit politischer Verfolgung, Inhaftierung und Arbeitslosigkeit bitter zu spüren bekam. In der Stadt des KdF-Wagens, wie in meiner Geburtsurkunde steht.

Nunmehr hatte ich mich doch zu einer Bus-Reise überzeugen lassen - eben dort hin. War es allerdings weder der Besuch der „Autostadt“ noch einer Eisrevue, die mein Programm bestimmten. Nein, hatte ich doch die Gelegenheit genutzt, einer Einladung von Alfred und „Mecki“ Hartung von der VVN-BdA-Ortsgruppe zu folgen, die mir gern die Stadt aus heutiger Sicht zeigten.

Neben dem verständlichen Interesse für die Stätten meiner Kindheit waren es dann aber doch vielmehr jene Gedenkstätten, die mich tief berührten. Errichtet von der Sowjetischen Militäradministration (Werderstraße), bewirkt durch den französischen KZ-Häftling Maurice Gleize (Laagberg), gefordert von geschichtsbewussten Bürgern (Sara Frenkel-Platz), realisiert durch die VVN (Schachtweg) werden alle Gedenkorte liebevoll erhalten und gepflegt. Den Opfern jener Zeit gewidmet und den an ihnen verübten Verbrechen - auch wenn man das in der offiziellen Darstellung nur ungern zur Kenntnis nimmt, ist es aus der Geschichte der Stadt und des VW-Werkes nicht so einfach zu tilgen.

Mahnmale gegen Unmenschlichkeit und das Vergessen. Jene vielen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter etwa, umgekommen, umgebracht, die dort an der Werderstraße eine würdige letzte Ruhestätte fanden. Bescheidene Namenstafeln ehren die Opfer aus verschiedenen Nationen, darunter selbst kleine Kinder. Wie auch das Denkmal an der Laagbergstraße an das Schicksal jener Zwangsarbeiter erinnert im Barackenlager am Laagberg. Eine Erinnerungstafel am Schachtweg ist je-

## WIR TRAUERN UM UNSEREN GENOSSEN WERNER REINER AUS ADORF/V.

Werner hat seit Beginn aktiv und zuverlässig an unserem Vogtlandboten mitgearbeitet. Seine monatlichen Beiträge haben vielen geholfen, sich in den Wirren der Zeit zu orientieren.

Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

*Redaktionskollektiv des Vogtlandboten*

nen Kindern gewidmet, umgekommen unter menschenunwürdigen Verhältnissen in den Baracken des nahen sogenannten „Kinderheimes“. Symbolisch wohl auch jenen vielen, die ihren Müttern brutal entrissen im Vernichtungslager Rügen jämmerlich ums Leben kamen.

An der Porschestraße erinnert ein erinnert ein niedriges, kaum auffallendes Mahnmal an Sarah Frenkel, die sich der systematischen Vernichtung unschuldigen Lebens dort widersetzte. Der kleine Platz ist nach ihr benannt. Hätte ich mir doch die Benennung einer der Magistralen nach ihr gewünscht, oder auch Opfern der Adenauer-Ära. So aber tragen diese heute leider auch die Namen der Nazi-Günstlinge Porsche und Dr. Northoff.

Im Kreise der Kameraden dann am Nachmittag tauschten wir bei angelegten Gesprächen viele Erfahrungen und manche Erinnerung aus. Mit Freude und Genugtuung habe ich erfahren, dass es viele Gemeinsamkeiten der fortschrittlichen Kräfte gibt - ob DKP, LINKE, aber auch linksorientierte Organisationen und Verbände überhaupt, die solcherart ihre politische Kraft gemeinsam einbringen. Wobei die gemeinsame Nutzung des Büros der LINKEN-MdB Pia Zimmermann diesem Anliegen sehr entgegen kommt.

*Jürgen Böhm - Schöneck*

## WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die im März Geburtstag haben. Unsere besonderen Grüße gehen an jene, die einen „Runden“ feiern oder über 80 Jahre jung werden:

H. Richter	Reichenbach	02.
J. Seidel	Plauen	03.
Inge Kaiser	Adorf/V.	06.
K. Zähringer-Bilz	Netzschkau	10.
Walter Grieser	Oberlauterbach	12.
Frieder Scheller	Oberheinsdorf	15.
I. Schröter	Plauen	16.
Dieter Noll	Auerbach	16.
A. Petzold	Lengenfeld	16.
Ruth Stephan	Plauen	20.
Sonja Müller	Rodewisch	20.
Gertrud Wild	Lengenfeld	24.
Dora Löscher	Limbach	27.
Ilse Meinel	Klingenthal	28.
R. Pöhland	Klingenthal	30.

Wir wünschen allen eine gute Gesundheit und viele Glück und Freude im Leben!

## Der Vogtlandbote

## INTERESSANT?!

80 Prozent aller Mini-Jobs, werden von Frauen ausgeübt. 3,3 Millionen arbeiten ausschließlich für weniger als 450 Euro. Mini-Jobs sind die frauenfeindlichste Veranstaltung in diesem Land.

### Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei Die LINKE. Erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei Die LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: Die LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote.

Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE, 08209 Auerbach/V., A.-Schweitzer-Str. 34; E-Mail: vogtlandbote@t-online.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15.02.2013, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 21.03.2014. Die nächste Ausgabe erscheint am 07.04.2014. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder Eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: P. Giersich - Auerbach/V.